

BASELBIETER

FREISINN

Wir machen die Schweiz stark!

Geschätzte Freisinnige

Editorial von Andreas Dürr



Andreas Dürr

Aus der Parteileitung: Rückblick

In den ersten vier Jahren lag die Tätigkeit von Matthias Muntwiler in der Parteileitung und sein Schwerpunkt auf der Betreuung der Sektionen. Aufgrund seiner langjährigen Erfahrung als Sektionspräsident einer Ortspartei hatte er ein Gespür dafür, wo die Herausforderungen lagen.

Seite 3

Kampagnen und Parolenspiegel Seite 10–13

Rückblick Bundesratswahlen

Drei Fragen an die wiedergewählten Bundesräte

Seite 14

Delegiertenversammlung 2024

Gleich sechs Parolen wurden an der Delegiertenversammlung in Zug gefasst. Über 350 Freisinnige setzten ein klares Zeichen für sichere AHV-Renten. Die Delegierten sprachen sich ebenfalls gegen eine weitere Verstaatlichung des Gesundheitswesens sowie für eine leistungsfähige Infrastruktur aus. Nach einer Schweigeminute für den verstorbenen alt Ständerat Dick Marty rief Parteipräsident Thierry Burkart die Parteibasis dazu auf, an der liberalen Grundgesinnung der Partei festzuhalten.

Seite 15–17

Europapolitik

Der bilaterale Weg ist ein Erfolgsmodell. Mit den Bilateralen III will die Schweiz die gute Beziehung zu unseren europäischen Partnern auch in Zukunft sicherstellen und weiterentwickeln.

Seite 18 und 19

FDP-Persönlichkeiten für Gemeindeämter

Die Gemeinden sind die Basis des Staatswesens. Sie sind am nächsten beim Bürger. Aus diesem Grund kennt der Kanton Baselland auch das verfassungsmässige Prinzip der Subsidiarität: Was immer möglich, soll durch die Gemeinden erledigt werden. Einfach, direkt, bürgernah. Das tönt gut, verlangt in unserer zunehmend komplizierteren Welt aber auch die nötige Kompetenz in den Gemeinden, und zwar sowohl fachliche wie auch soziale Kompetenz. Doch damit nicht genug: Es braucht auch eine dicke Haut und eine gehörige Portion Idealismus. Man muss die Schweiz und unsere Demokratie auch schätzen und sich deren Wert bewusst sein. Kein Wunder und nicht umsonst findet sich gerade in den Gemeinden eine sehr grosse Vielzahl freisinniger Amtsträger: Gemeinderäte, Wohnerräte, Gemeindefinanzkommissionsmitglieder. Zudem sind diese meist in zentralen Chargen: Gemeindepräsidenten, Finanz- oder Bauvorstände. Gerade hier zeigt sich, dass die FDP zum Glück über ein grosses Reservoir an hervorragenden, fähigen und einsatzbereiten Persönlichkeiten verfügt.

Gemeindewahlen sind – wohl zu Recht – in erster Linie Personenwahlen. Man kennt sich im Dorf, zum Teil seit Generationen. Aber nicht nur! Es darf nicht vergessen werden, dass auch auf der kommunalen Ebene Politik gemacht wird. Jeder bringt eine politische Grundeinstellung mit. Eigenverantwortung und finanzielle Machbarkeit sind auch Werte, die auf Gemeindeebene zählen und dort eingebracht werden müssen. Es gilt also nicht nur darauf zu

schauen, ob man jemanden kennt, sondern auch, ob diese Person die persönlichen Überzeugungen in Bezug auf politische Fragen teilt. Bei freisinnigen Kandidaten darf man sich darauf verlassen, dass nicht nur die Kompetenz vorhanden ist, sondern auch die liberalen Werte hochgehalten und umgesetzt werden.

Aus diesem Grund ist es extrem wichtig, dass bei den Gemeindewahlen am 3. März 2024 unsere freisinnigen Kandidaten und Kandidatinnen Ihr Vertrauen – und vor allem Ihre Stimmen – erhalten. Die Gemeindepolitik ist der FDP Baselland extrem wichtig. Ohne kommunale Verbindungen und freisinnige Gemeindevertreter lässt sich auch auf Kantonsebene keine vernünftige, zielgerichtete und bürgernahe Politik machen. Helfen Sie mit, dass dieser Brückenschlag weiterhin gewährleistet ist. Helfen Sie mit, dass unsere Gemeinden weiterhin liberal und mit Augenmass geführt werden. Die Kandidaten der FDP sind bereit, ihren Beitrag an unsere Demokratie und unser Gemeinwesen zu leisten: vielfältig, kompetent, verantwortungsbewusst. Sie verdienen unsere ungeteilte Unterstützung.

Andreas Dürr, Landrat, Fraktionspräsident

Inhalt

- 3–9 Baselbieter Freisinn
- 10–12 Kampagnen
- 13 Parolenspiegel
- 14 Rückblick Bundesratswahlen
- 15–17 Delegiertenversammlung 2024 in Zug
- 18/19 Europapolitik
- 20/21 Migrationspolitik
- 22 Energiepolitik
- 23 Kolumne Andri Silberschmidt



Längst fällige Reformen anpacken

FDP übernimmt Verantwortung

Liebe Freisinnige

Die 52. Legislaturperiode hat soeben begonnen. Die vergangene Legislatur war geprägt von Krisen, geopolitischen Verwerfungen und einem ausgesprochenen Reformstau im Inland. Mehrmals setzte der Bundesrat Notrecht ein, in etlichen Bereichen blockierte das Parlament sich selbst. Auch wenn die Welt in den vergangenen Monaten vor neue Herausforderungen gestellt wurde: Es ist unabdingbar, dass unser Land in den kommenden vier Jahren die längst fälligen Reformen in der Altersvorsorge, im Gesundheitswesen oder in der Sicherheits- und Energiepolitik anpackt und umsetzt. Dazu braucht es Gestaltungswillen, Zuversicht, Mut, Konsensfähigkeit. Als bürgerlich-liberale Kraft übernehmen wir Freisinnige Verantwortung für unsere Schweiz und prägen stabile und mehrheitsfähige Wege für die Herausforderungen dieser Zeit.

Karin Keller-Sutter und Ignazio Cassis wiedergewählt

Eine erste Duftmarke setzte das Parlament anlässlich der Wiederwahl der bisherigen Bundesräte. Trotz Ränkespielen von Mitte-links hat sich die Bundesversammlung am Ende zu den etablierten und bewährten Regeln bekannt, wonach die drei stärksten Parteien Anspruch auf zwei Sitze im Bundesrat und die viertstärkste Partei Anspruch auf einen Bundesratssitz hat. Diese Zauberformel sowie die Konvention, dass amtierende Bundesräte nicht abgewählt werden, bringen unserem Land Stabilität. Eine Stärke, die nicht leichtfertig aufgegeben werden darf.

Zukunft der AHV: Verantwortung übernehmen, Realitäten anerkennen

Die FDP ist die bürgerlich-liberale Kraft, die seit

jeder Verantwortung für dieses Land übernimmt. Wir erkennen Realitäten und richten unsere Lösungsvorschläge danach aus, anstatt wie Mitte-links und die SVP Traumtänzeri zu betreiben und die Augen vor den Tatsachen zu verschliessen. Wir Freisinnigen muten es den Schweizerinnen und Schweizern zu, zur Sicherung der AHV mit der Renteninitiative eine schrittweise Erhöhung des Rentenalters vorzuschlagen. Und wir stehen hin und sagen: Mit der 13. AHV-Rente fahren wir unser wichtigstes Sozialwerk innert weniger Jahre an die Wand. Diese Rentenerhöhung per Giesskanne ist weder sozial noch generationengerecht noch nachhaltig.

Weiterentwicklung bilaterale Beziehungen mit EU

Ebenso ist es im Interesse der Schweiz, dass die Beziehungen mit der EU wieder auf eine solide Basis gestellt werden. Der Fortschritt des Bundesrates, ein Verhandlungsmandat zur Weiterentwicklung des bilateralen Wegs zu verabschieden, ist zu begrüßen. Die EU ist unser wichtigster Handelspartner. Wir teilen eine gemeinsame Geschichte und gemeinsame Werte. Nun ist es unerlässlich, dass alle Akteure ihre Verantwortung wahrnehmen und sich für eine mehrheitsfähige Lösung einsetzen. Alle politischen Parteien und Sozialpartner haben ihre kurzfristigen Wahl- oder Partikularinteressen dem Wohl des Landes hintanzustellen.

Ihr Thierry Burkart
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

Ein Rückblick auf das Engagement in der Parteileitung

Als man mich im Jahr 2017 fragte, ob ich Interesse hätte, in der Parteileitung mitzuarbeiten, fühlte ich mich sehr geehrt. Ich nahm diese neue Herausforderung an und wurde am 8. August 2017 gewählt. In den ersten vier Jahren meiner Tätigkeit in der Parteileitung lag mein Schwerpunkt auf der Betreuung der Sektionen. Aufgrund meiner langjährigen Erfahrung als Sektionspräsident einer Ortspartei hatte ich auch ein Gespür dafür, wo die Herausforderungen lagen.

Es bestand regelmässiger persönlicher Austausch zwischen der Parteileitung und den Sektionspräsidenten. Diese Treffen trugen dazu bei, die direkte Kommunikation zwischen der Parteileitung und den einzelnen Sektionen zu stärken. Die kommunalen Sektionen sind massgeblich an der Basisarbeit für die Kantonalpartei beteiligt. Im Vorfeld der Landratswahlen stellt die Einbindung der Sektionen ein entscheidendes Puzzlestück dar. Insbesondere in diesem Kontext ist die Partei auf viele neue Kandidatinnen und Kandidaten angewiesen, die sich primär in den Sektionen finden

lassen. Ein reger Erfahrungsaustausch ist daher von essenzieller Bedeutung.

Die Parteileitung hat die folgenden Anregungen der Sektionspräsidenten gerne aufgenommen:

- Rechtzeitige Bereitstellung von Informationen seitens der Parteileitung
- Erweiterung der Themen des Parteitags
- Lieferung prägnanter Partei-Inputs durch die Parteileitung/Geschäftsstelle, damit die Sektionen diese leicht kopieren und veröffentlichen können
- Vereinfachung der Website
- Bereitstellung von Dienstleistungspaketen für die Wahlen

Im Jahr 2021 übernahm ich die Verantwortung für die Finanzen der Partei, was eine spannende und lehrreiche Zeit war. Die Partei steht finanziell gut da und kann auf breite und wertvolle Unterstützung zählen.



Matthias Mundwiler

Nach dem unerwarteten Todesfall des Gemeindepräsidenten von Bubendorf im letzten August übernahm ich interimistisch das Gemeindepräsidium. Diese Aufgabe erfordert beträchtliche zeitliche Ressourcen. Daher habe ich mich entschlossen, mein Amt als Kassier der FDP Baselland niederzulegen. Es freut mich, dass mit Stephan Hohl ein geeigneter potenzieller Nachfolger für das Amt des Finanzchefs gefunden wurde.

Ich wünsche der Parteileitung weiterhin viel Erfolg und gutes Gelingen!

Matthias Mundwiler, Gemeindepräsident a. i., Mitglied der Parteileitung, Kassier FDP Baselland

Ein guter Start ins neue Jahr

Am 18. Januar lud Parteipräsident Ferdi Pulver zum Anstossen ins Bad Bubendorf ein

Ein gelungener Anlass, der den Austausch zwischen den Mitgliedern der verschiedenen Sektionen und Ämter ermöglichte.

Trotz des überraschenden Schneefalls fanden über 100 Mitglieder den Weg ins Oberbaselbiet. Im Bad Bubendorf wurden die Freisinnigen im Sala «Uno & Due» mit Getränken und Knabberien willkommen geheissen. Die Gastgeberin, Kathrin Matter, stellte sich, ihren Werdegang sowie

die aktuellen Herausforderungen im Gastrogewerbe vor.

In seiner Rede sprach Parteipräsident Ferdi Pulver einerseits über das Thema Zuwanderung und andererseits blickte er auf das Wahljahr 2023 zurück. Zusammenfassend hat die FDP Baselland ihre Fahne gut sichtbar hochgehalten. Unsere Regierungsrätin Monica Gschwind konnte ihren Sitz souverän bestätigen und die 17 Landratssitze

konnten, trotz Vakanzen, alle wieder besetzt werden. Bei den Nationalratswahlen können wir stolz sein, dass Daniela Schneeberger ihren Sitz klar verteidigen konnte, und Saskia Schenker als Zweitplatzierte bringt uns in der Frage eines allfälligen Nachrückens in eine gute Position. Sven Inäbni kam bei den Ständeratswahlen seiner Konkurrentin aus ihrer Sicht unangenehm nahe und konnte seine Stärken deutlich zeigen. Ferdi Pulver sprach speziell dem Wahlkampfteam der nationalen Wahlen seinen Dank aus und überreichte den Mitwirkenden als Zeichen der Wertschätzung ein Geschenk.

Im Jahr 2024 stehen jetzt unter anderem die kommunalen Wahlen an. Die Kandidierenden sowie die Sektionen sind engagiert mitten im Wahlkampf. Ferdi Pulver schaute mit Optimismus auf das neue Jahr und stiess mit den Anwesenden auf ein erfolgreiches 2024 an.

Danach hatten die Anwesenden wieder einmal die Möglichkeit, sich auszutauschen – begleitet von einem köstlichen Apéro riche.



Rund 100 Freisinnige lauschten den Worten des Parteipräsidenten.



Parteipräsident Ferdi Pulver und Gastgeberin Kathrin Matter



Parteitag in Liestal

Geschätzte Freisinnige

Der Parteitag vom 8. Februar im Provisorium des Regierungsgebäudes in Liestal stand im Zeichen der Parolenfassung für die beiden eidgenössischen Vorlagen zur Altersvorsorge.

Zu Beginn begrüßte unser Landrat Heinz Lerf die Delegierten mit ein paar interessanten Informationen zum Provisorium und zum Regierungsgebäude, welches sich mittlerweile in der Endphase der Renovation befindet. Nach ein paar Worten von mir zu den laufenden Gemeindewahlen kamen wir zur eigentlichen Parolenfassung. Die Renteninitiative der Jungfreisinnigen ist ein Leuchtturmprojekt der FDP geworden. Die FDP hat in ihrer Geschichte erst wenig Gebrauch von Volksinitiativen gemacht, umso wichtiger ist diese Abstimmungsvorlage für uns. Die 13. AHV-Rente stellt aus FDP-Sicht einen weiteren unbrauchbaren Lösungsvorschlag zur Behebung eines Problems mittels Giesskanneneinsatz dar. Der damit verbundene Streuverlust ist aus liberaler Sicht inakzeptabel.

Die beiden Referenten zu den Vorlagen, Nationalrätin Daniela Schneeberger und Neu-Alt-Präsident der Jungfreisinnigen Lucio Sansano legten in einer gemeinsam geführten Präsentation die Argumente für beziehungsweise gegen die Vorlagen dar. «Die Renteninitiative ist die einzige Vorlage, welche unsere AHV-Renten mit dem Mechanismus der Kopplung des Rentenalters an die Lebenserwartung tatsächlich langfristig sichert. Diesen Mechanismus kennen viele andere europäische Länder bereits und wenn wir die AHV für zukünftige Generationen sichern wollen, brauchen wir ihn auch in der Schweiz.» Nach den deutlichen Worten von Lucio Sansano fassten die Delegierten dann auch einstimmig die Ja-Parole für die Renteninitiative.

Unsere Nationalrätin Daniela Schneeberger konnte aufzeigen, welche Probleme mit einer

13. AHV-Rente auf uns zukommen. Ihr Fazit: «Die 13. AHV-Rente ist ein teurer Rentenzuschlag auf Kosten der Jungen und Erwerbstätigen. Die Finanzierung bedeutet eine Mehrbelastung des Mittelstands. Sie gefährdet die AHV für alle. Sie bevorteilt mit der Giesskanne die Falschen und ist unsozial.» Diese Argumentation sowie die nachfolgend geführte Diskussion führten zu einer einstimmigen Nein-Parole zur Initiative für eine 13. AHV-Rente. Zum Schluss der Versammlung wurde Lucio Sansano, der am 6. Februar von den Jungfreisinnigen nach vier Jahren erfolgreicher Führung als Präsident verabschiedet worden war, für seine gute Arbeit mit einem herzlichen Applaus geehrt.

Ferdi Pulver, Parteipräsident

3. März 2024: 13. AHV-Rente NEIN

Gemeinderatswahlen 2024

Die Stärke der Partei zeigen und spürbar machen

Nirgends zeigt sich die Funktionstüchtigkeit unseres Milizsystems so deutlich wie bei den Gemeindewahlen. Die Vielfalt an Kandidierenden und Parteien in über 2000 Gemeinden schweizweit ist beeindruckend. Kein Wunder, die politische Arbeit auf kommunaler Ebene ist dank einer weitreichenden Gemeindeautonomie auch äusserst attraktiv. So wird im Ausland immer wieder staunend zur Kenntnis genommen, dass die Schweizer Gemeinden eigene Steuern erheben und den Steuerfuss eigenständig festlegen. Für uns eine Selbstverständlichkeit.

Und nun stehen wieder Gemeindewahlen vor der Tür – für die Parteien ein wichtiges Stimmungsbarmeter und für die Ortssektionen eine grosse Herausforderung. Der Wahlkampf beginnt aber schon lange vor dem Wahltermin, oder sollte es zumindest, nämlich mit der Rekrutierung der Kandidatinnen und Kandidaten. Leider starten die Sektionen die Suche nach geeigneten Kandidierenden oftmals zu spät. Dabei sind Wahlen jeweils DER Moment, um neue Mitglieder für die Partei zu gewinnen. Denn: Nach den Wahlen ist vor den Wahlen und somit der richtige Augenblick, junge Talente für die Wahlen 2028 aufzubauen.

Wichtig hier sind auch die Kandidatinnen und Kandidaten für die Gemeindekommission und den Einwohnerrat. Viel zu oft werden diese Wahlen etwas stiefmütterlich behandelt, ist die Wichtigkeit

dieser Gremien zu wenig bekannt. Oft hört man, dass die Gemeindekommission nur gerade Ja oder Nein sagen könne zu Gemeindeversammlungs-geschäften. Weit gefehlt! Die Geschäfte können differenziert abgeändert, zurückgewiesen, ergänzt werden. Die Gemeindekommission sollte nicht weniger als der Sparringpartner des Gemeinderates sein. Beim Einwohnerrat ist die Definition klar und deutlich, als Parlament ist er die Legislative.

Die Wahlen zum Gemeindepräsidium aber sind für die Partei und die Gemeinde entscheidend. Wir sollten vermehrt mutig kandidieren und nicht vorschnell und kampfflos anderen oder Bisherigen das Amt überlassen. Dazu braucht es natürlich ein sehr gutes Resultat bei den Gemeinderatswahlen und dazu können wir jetzt noch ganz aktiv beitragen. Wir alle können Leserbriefe schreiben, Kandidie-

rende motivierend unterstützen, Mund-zu-Mund-Propaganda machen, beispielsweise in der Metzge in der Warteschlange unkompliziert das Gespräch beginnen und über die tollen FDP-Kandidierenden der Gemeinde berichten. Einen Versuch ist es wert!

In unseren 86 Gemeinden werden die Gemeinderäte fast ausnahmslos im Majorzwahlssystem gewählt, mit wenigen Ausnahmen im Laufental, wo im Proporz gewählt wird. Die FDP kann mit beiden Wahlsystemen gewinnen, das haben die Wahlen 2020 deutlich gezeigt. Die FDP ist aber die Partei mit profilierten Persönlichkeiten, was uns zur Meisterin im Majorz macht!

Wir freuen uns, dass wir Ihnen diese Persönlichkeiten nun auf den folgenden Seiten vorstellen dürfen. Und nicht vergessen: Ab März 2024 Ausschau nach jungen Talenten für die Wahlen 2028 halten!

Aesch



Stephan Hohl (bisher)



Brigitte Vogel-Lancashire (bisher)



Lukas Ritschard

Allschwil



Tim Söllick



Robert Vogt (bisher)

Arlesheim



Brigitte Treyer (bisher)



Markus Eigenmann (bisher)

Arlesheim



Peter Epple



Eva-Maria Boentti (bisher)



Marco Gianini

Binningen



Kevin Lancashire



Marc Schinzel

Bennwil



Markus Gerig (bisher)

Birsfelden



Christof Hiltmann (bisher)

Baselland

Birsfelden



Sacha Truffer

Bottmingen



Christian Caderas (bisher)



Tobias Renz (bisher)



Matthias Richter

Brislach



Liliane Keller (bisher)



Hannes Niklaus (bisher)



Amanda Buri (bisher)

Brislach



Pascal Jeger (bisher)

Bubendorf



Matthias Mundwiler (bisher)



Elisabeth Ruff Rudin (bisher)



Patrick Liechti (bisher)

Ettingen



Michael Bächli (bisher)



Ruben Kiefer (bisher)



Christoph Keller

Frenkendorf



Roger Gradl (bisher)



Christoph Widmer (bisher)



Markus Kraft

Füllinsdorf



Catherine Müller (bisher)



Silvia Tschudin (bisher)

Gelterkinder



Nadine Jermann (bisher)



Sonja Gubitoso Menzel

Gelterkinder



Manuela Schällibaum (bisher)

Laufen



Daniel Scholer

Liestal



Daniel Spinnler

Münchenstein



David Meyer (bisher)

Muttenz



Cyril Bleisch

Muttenz



Doris Rutishauser-Saner (bisher)

Muttenz



Alain Bai (bisher)

Oberwil



Stefan Steinemann

Pfeffingen



Alfred Binggeli

Pfeffingen



Susanne Schindler (bisher)

Pratteln



Stephan Burgunder (bisher)

Pratteln



Stefan Löw (bisher)

Reinach



Silvia Lerch-Schneider

Reinach



Ferdinand Pulver (bisher)

Reinach



Birgit Kron

Sissach



Carol Zumbrunnen (bisher)



Svenja Pichler



Dieter Stebler

Therwil



René Saner (bisher)



Urs Lanz



Philipp Schmid

Thürnen



Fredy Hofer (bisher)

Waldenburg



Andrea Kaufmann-Werthmüller (bisher)

Wintersingen



Hansruedi Müller (bisher)

Berücksichtigt wurden alle Fotos und Angaben, welche wir von den Sektionen erhalten haben.

FDP
Die Liberalen

Informieren Sie sich auf der Webseite der jeweiligen Sektion:

FDP Aesch - FDP Allschwil - FDP Arlesheim - FDP Biel-Benken -
 FDP Binningen-Bottmingen - FDP Birsfelden - FDP Laufental -
 FDP Bubendorf - FDP Ettingen - FDP Frenkendorf - FDP Füllinsdorf -
 FDP Gelterkinden u.U. - FDP Liestal - FDP Münchenstein - FDP Muttenz -
 FDP Oberwil - FDP Pfeffingen - FDP Pratteln - FDP Reinach - FDP Sissach u.U. -
 FDP Therwil - FDP Bezirk Waldenburg

Wir machen die Schweiz stark!

GR-Kandidatin Sarah Schneider mit Kandidaten der nationalen Wahlen.



Ein Blick nach Muttenz

Eine Gemeinde im Dauerwahlkampf

Nun hat der Wahlkampf in allen Baselbieter Gemeinden Schwung aufgenommen. Eine intensive Zeit für all unsere Kandidatinnen und Kandidaten sowie das Wahlkampfteam. Planungssitzungen, Fototermine, Design von Flyern, Aufhängen von Plakaten mitten in der Nacht, Social-Media-Auftritte und Standaktionen sind nur wenige von unzähligen Terminen und Aufgaben, welche nun geplant und durchgeführt werden müssen. Die vielseitigen Fähigkeiten unserer engagierten Parteimitglieder sowie die investierte persönliche Zeit sind Gold wert. Und ist der Wahlkampf mal lanciert, heisst es «präsent sein, präsent sein, präsent sein». Ja, die Kalender unserer Kandidaten und Kandidatinnen werden in diesen Wahlkampfwochen besonders strapaziert.

Nun, wir in Muttenz befinden uns seit einem ganzen Jahr im Wahlkampf. Das vergangene Jahr 2023 begann mit den Gesamterneuerungswahlen LR/RR. Die Wahl des Muttenzer Gemeinderates Thomi Jourdan (EVP) in den Regierungsrat führte zu einem ersten Ersatzwahlgang im Juni und einem zweiten Wahlgang im August. Und als wäre dem nicht schon genug, hat sich Gemeinderat Joachim Hausammann (Grüne) für einen Rücktritt im Herbst entschieden, was wiederum in einem ersten Wahlgang im Oktober zeitgleich mit den nationalen Wahlen und einem

zweiten Wahlgang im November gipfelte. Und ja, zum selben Zeitpunkt haben wir bereits mit der Planung des jetzigen Wahlkampfes begonnen.

Obwohl wir nicht an allen vier Wahlkämpfen mit eigenen Kandidierenden beteiligt waren, haben wir uns stark für die bürgerliche Sache engagiert. Nicht ganz unerwartet zeigt sich aber die eine oder andere Abnützungserscheinung. Als Ortssektionspräsident bin ich unendlich dankbar, dass ich mich auf einige besonders engagierte Parteimitglieder verlassen kann. Wir haben in diesem Jahr gelernt, neue Wege zu beschreiten, neue Methoden auszuprobieren und den Wahlkampf auch gezielt in die sozialen Medien zu tragen. Gerade hier sehe ich aber noch ein grosses Potenzial für unsere Partei. Im aktuellen Wahlkampf haben wir begonnen, mit einfachen und eingängigen Slogans unsere Position an die Stimmbürger zu bringen, jetzt warten wir gespannt auf die Resonanz. Ich bin überzeugt, dass wir unsere freisinnigen Positionen in einer einfachen, klaren und prägnanten Form an die Bevölkerung tragen müssen und so unsere Partei wieder stärken können.

Der ständige Wahlkampf hat zwar für viel Präsenz gesorgt, jedoch auch dazu, dass andere Projekte warten mussten. Ich bin aber zuversichtlich, dass wir uns nach den Gesamterneuerungswahlen

dem wichtigen Thema der Mitgliedergewinnung widmen können, denn die nächsten Wahlen kommen bestimmt und wir brauchen aktive, engagierte und fähige Mitglieder als Kandidierende wie auch im Hintergrund, um unsere liberalen Werte zu vermitteln.

Serge Carroz, Präsident Sektion Muttenz



Beispiel eines einfachen, eingängigen Social-Media-Posts zur Verdeutlichung unserer Position.

GV 2024 im Pantheon, Muttenz.



Lucio Sansano tritt ab

Cyril Bleisch übernimmt

Nach vier Jahren als Präsident: Lucio Sansano tritt ab – Cyril Bleisch übernimmt.

Im Kreise von 100 Wegbegleitern der Jungfreisinnigen, der FDP, aber auch aus allen anderen Parteien wurde Lucio Sansano an der Generalversammlung im Pantheon Muttenz als Präsident verabschiedet. Mit ihm zusammen ist auch der langjährige Vizepräsident Simon Maier abgetreten. Neuer Präsident ist der Münchensteiner Cyril Bleisch und Vizepräsident der Muttenzer Oliver Fischer.

Vom letzten auf den dritten Platz

Lucio Sansano hat uns Jungfreisinnige am Tiefpunkt der Jungpartei übernommen, nachdem wir bei den nationalen Wahlen 2019 die mit Abstand schwächste Jungpartei geworden waren und die Versammlungen keine fünf Personen zählten. Heute zählen die Jungfreisinnigen 50 Aktivmitglieder und an Lucios Verabschiedung im Pantheon nahmen über 100 Wegbegleiter aus dem Jungfreisinn, der FDP sowie beinahe allen anderen Parteien teil. Bei den Wahlen 2023 haben wir Baselbieter Jungfreisinnigen den Wähleranteil unter den Jungparteien vervierfacht und 19,11% Wähleranteil (2019: 5,47%) erreicht. Wir sind damit neu drittstärkste Jungpartei des Kantons, wobei uns nur rund 150

Stimmen von der stärksten Jungpartei trennen. Lucio Sansano wurde an seiner Verabschiedung mit Reden von seinen Wegbegleitern Saskia Schenker, Landrätin und Direktorin des Arbeitgeberverbands, Nicolas Jutzet, stellvertretender Direktor des liberalen Instituts, sowie Jonas Lüthy, Präsident der Jungfreisinnigen BS, geehrt und seine grosse Arbeit verdankt. Politisch hat er gemeinsam mit seinem Vizepräsidenten Simon Maier und den Vorstandsmitgliedern die Jungfreisinnigen mit verschiedenen grossen Aktionen, wie beispielsweise für ihre Renteninitiative, für die Ehe für alle oder gegen das Filmgesetz, sowie mit kantonalen Vorstössen im Landrat zu einer Vereinfachung der Steuererklärungen, zur Einführung von E-Collecting oder zu den Covid-19-Impfvoranmeldungen positioniert.

Cyril Bleisch ist neuer Präsident

Das Präsidium übernimmt der Münchensteiner Cyril Bleisch. Er will die Partei unter dem Slogan «Wir sind auf dem Weg nach oben» in ein neues Zeitalter führen. In seiner Antrittsrede erklärte er es zum Ziel, dass er mit den Jungfreisinnigen stärkste Jungpartei werden möchte und versicherte,



dass wir mit der motivierten Mitgliederbasis auf einem guten Weg seien. Cyril ist Student der Wirtschaftswissenschaften, sitzt seit einem Jahr im Vorstand der Baselbieter Jungfreisinnigen und kandidiert bei den bevorstehenden Wahlen für den Münchensteiner Gemeinderat.

Justin Gauch, Vorstandsmitglied und Mitgliederverantwortlicher

Regine Sauter sagt am 3. März klar Nein zur 13. AHV-Rente.



Verantwortungslosen Ausbau der AHV ablehnen

Nein zur Gewerkschaftsinitiative

«Belastet würden insbesondere der Mittelstand durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer oder die Erwerbstätigen, also vorwiegend die Jungen, über die höheren Lohnabgaben.»

Am 3. März stimmen wir einmal mehr über ein sozialistisches Ausbaivorhaben unseres Sozialstaates ab. Eine Initiative, lanciert von Gewerkschaften, der SP und Grünen, verlangt die Einführung einer 13. AHV-Rente für alle. Auf den ersten Blick ein sympathisches Anliegen, wer mag dies den Rentnerinnen und Rentnern schon nicht gönnen. Nur – die Initiantinnen und Initianten unterlassen es, ihrem Anliegen ein Preisschild anzuheften. Darum schon mal an dieser Stelle: Fünf Milliarden Franken jährlich würde dies die AHV zusätzlich kosten.

Begründet wird die Initiative damit, dass angesichts des stetigen Kaufkraftverlusts die Renten nicht mehr zum Leben reichen würden. Dieses Argument ist gleich aus zwei Gründen irreführend. Zum einen werden die AHV-Renten regelmässig (mindestens alle zwei Jahre) der Teuerung und der Lohnentwicklung angepasst. Ein allfälliger Kaufkraftverlust wird damit ausgeglichen. Zum anderen muss in diesem Land im Alter niemand ausschliesslich von der AHV leben, denn Ergänzungsleistungen zur AHV sichern das Existenzminimum.

Berufliche Vorsorge modernisieren

Gerade die heutige Generation von Rentnerinnen und Rentnern verfügt in der Mehrzahl über eine gut ausgebaute zweite Säule, da sie ihre Erwerbstätigkeit in einer Zeit ausgeübt hat, als das Pensionskassenobligatorium bereits eingeführt war. Und für jene Personen, die über keine massgebliche zweite Säule verfügen (zum Beispiel, weil sie nur in kleinen Pensen berufstätig waren), ist es ent-

scheidend, dass wir die berufliche Vorsorge modernisieren. Dies betrifft vor allem die Frauen. Es muss in Zukunft auch Personen mit kleinen Einkommen möglich sein, ein Guthaben in der zweiten Säule aufzubauen. Das Parlament hat eine entsprechende Gesetzesänderung verabschiedet, wir werden darüber auch in diesem Jahr abstimmen. Und hierzu gilt es dann, klar Ja zu sagen.

AHV ab 2030 bereits im Minus

Doch zurück zum Preis der Gewerkschaftsinitiative. In der AHV fünf Milliarden Franken jährlich zusätzlich auszugeben, ist verantwortungslos. Denn bereits ohne diese Zusatzausgabe kippt unser wichtigstes Sozialwerk ab 2030 ins Minus. Noch problematischer: Die Initianten sagen nicht, wie sie ihre Wohltat zu finanzieren gedenken. Denn die Wahrheit ist unbequem: Ein zusätzliches Mehrwertsteuerprozent oder die Erhöhung der Lohnabzüge von heute 8,7 auf neu 9,4 Prozent wären nötig.

Belastung vor allem für den Mittelstand

Diese Initiative ist letztlich unsozial. Ohne Berücksichtigung des effektiven Bedürfnisses soll mit der Giesskanne allen Rentnerinnen und Rentnern eine 13. Rente ausbezahlt werden, auch den Millionären. Belastet würden insbesondere der Mittelstand durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer oder die Erwerbstätigen, also vorwiegend die Jungen, über die höheren Lohnabgaben. Diese Mogelpackung gilt es offenzulegen. Wir müssen stattdessen heute Lösungen finden für eine langfristige und nachhaltige Sicherung der AHV. Dies wird bereits einen grossen Effort und eine hohe Kompromissbereitschaft der Gesellschaft bedingen. Ein zielloser und nicht finanzierter Ausbau der AHV ist hingegen nicht zu verantworten. Ich sage deshalb klar Nein zur Gewerkschaftsinitiative für eine 13. AHV-Rente.

Regine Sauter, Nationalrätin ZH

Jetzt QR-Code scannen
und mehr erfahren!

RENTENINITIATIVE ERKLÄRT

JA zur Renteninitiative am

3. März 



FDP
Die Liberalen

 Jungfreisinnige
Schweiz



Deine Spende zählt!
Sichern wir jetzt gemeinsam unsere AHV.

**RENTEN-
INITIATIVE JA**

alternative Bankverbindung *
Empfänger: Renteninitiative
Konto: 15-357311-9
IBAN: CH78 0900 0000 1535 7311 9

Jetzt mit TWINT
spenden!

 QR-Code mit der
TWINT-App scannen
 Betrag und Spende
bestätigen



* Ihre Spende geht direkt an den Verein Renteninitiative

Fotobox zur Renteninitiative an der DV 2024 in Zug.



Sichern wir unsere Renten langfristig!

Entpolitisierung des Rentenalters

Unser Rentensystem ist aus dem Gleichgewicht. Der AHV droht über die nächsten 25 Jahre ein kumuliertes Defizit von über 100 Milliarden Franken. Die AHV-Renten zukünftiger Generationen sind folglich nicht mehr gesichert. Wie konnte das passieren?

Die Bevölkerung wird immer älter, es kommen weniger Kinder auf die Welt und eine halbe Million Babyboomer erreichen in den nächsten zehn Jahren das Rentenalter – so viele wie noch nie. Um den Generationenvertrag zu sichern und unsere verfassungsmässige Verantwortung zu erfüllen, ist es unerlässlich, jetzt für sichere Renten – sowohl für die heutige als auch für kommende Generationen – zu sorgen.

Vier Optionen zur Sicherung der AHV-Renten

Letztlich existieren vier Optionen zur Sicherung unserer AHV-Rente: Rentenkürzungen, der Anstieg der Mehrwertsteuer oder der Lohnabgaben oder die Erhöhung des Rentenalters. Rentenkürzungen und die weitere Erhöhung von Mehrwertsteuer oder Lohnabgaben gilt es zu vermeiden. Es sind kurzfristige Massnahmen, die tiefere Einkommen und Junge belasten. Die zentrale Stellschraube

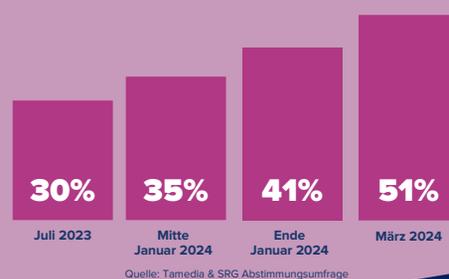
zur Sicherung der Renten ist das Rentenalter. Ohne den Mut, das Rentenalter zu erhöhen, bleiben vermeintlich grosse AHV-Reformwürfe nur ein Tropfen auf den heissen Stein.

Strukturelle Reformen nötig

Ein höheres und flexibles Rentenalter liefert die lang ersehnte strukturelle Reform: Die Anzahl Rentner pro Beitragszahler verkleinert sich und die Einnahmen aller Altersvorsorgesysteme steigen.

Die Erhöhung und Flexibilisierung des Rentenalters durch die Renteninitiative bilden einen Rahmen. Nicht alle Berufsgattungen können oder wollen länger arbeiten. Vor allem körperlich anstrengende Berufe gilt es zu unterstützen. Damit wir sozial reformieren, bleiben branchenspezifische Lösungen, wie beispielsweise die Frühpensioenierung im Bau, weiterhin möglich.

GEBEN WIR VOLLGAS IM ABSTIMMUNGSKAMPF FÜR NACHHALTIGE RENTEN



Entpolitisierung des Rentenalters

Mit der Renteninitiative schaffen wir einen moderaten Reformvorschlag. Dank der Entpolitisierung des Rentenalters passen wir die AHV der demografischen Realität an und sanieren sie für zukünftige Generationen. Lösen wir uns endlich von einer scheiternden «Pflasterlipolitik» und sichern wir unsere Renten nachhaltig. Für eine starke AHV – heute und auch in Zukunft.

Andrea Caroni, Ständerat AR und Vizepräsident der FDP.Die Liberalen Schweiz

Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen

FDP
Die Liberalen

Diese Parolen wurden an der Delegiertenversammlung in Zug am 20. Januar 2024 gefasst. Über die Parole für die Volksinitiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit», über die ebenfalls am 9. Juni 2024 abgestimmt wird, wird an der Parteipräsidentenkonferenz im April befunden werden.

Abstimmungen vom 3. März 2024



JA

Renteninitiative



NEIN

13. AHV-Rente

Abstimmungen vom 9. Juni 2024



NEIN

Kostenbremse-Initiative



NEIN

Prämien-Entlastungs-Initiative



JA

Mantelerlass

(Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien)

Weitere Abstimmungen

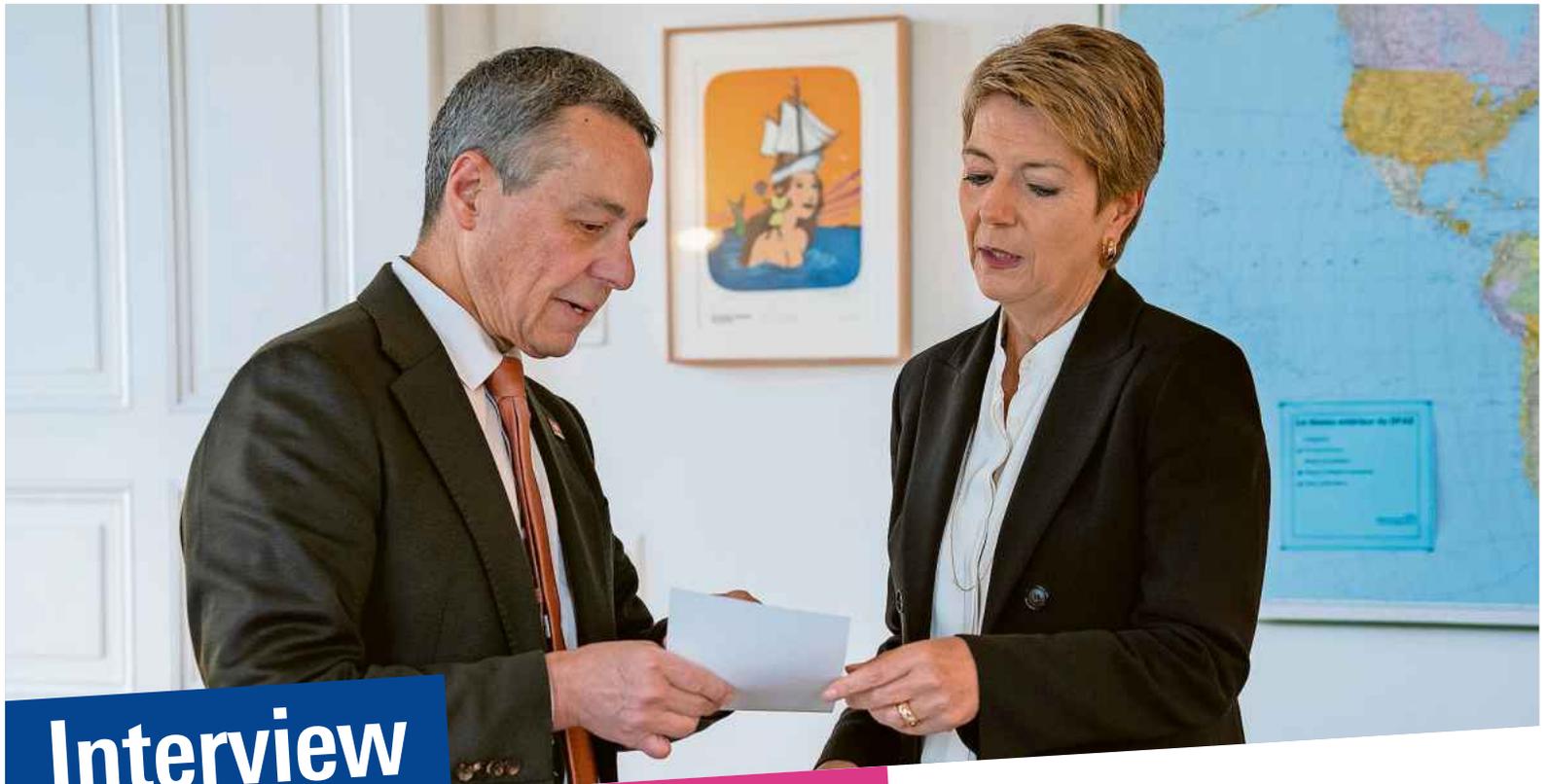


JA

Autobahnausbau

Rückblick Bundesratswahlen

Bundesrat Ignazio Cassis und Bundesrätin Karin Keller-Sutter im Gespräch. Foto: EDA / Pascal Lauener (2023)



Interview

Drei Fragen an die wiedergewählten Bundesräte

Wie haben Sie den Tag der Bundesratswahl erlebt?

Karin Keller-Sutter: «Nach den Ergebnissen der eidgenössischen Wahlen vom 22. Oktober war verständlicherweise eine gewisse Anspannung zu spüren – auch bei der FDP, deren Anspruch auf zwei Bundesratssitze von verschiedener Seite in Frage gestellt worden war. Der Tag selbst verlief dann aber relativ ruhig. Ignazio und ich konnten uns über eine klare Wiederwahl freuen. Einzig am Schluss, bei der Wahl der Bundespräsidentin und der Vizepräsidentin des Bundesrats, bekamen Viola Amherd und ich zu spüren, dass sich in mehreren Fraktionen ein gewisser Unmut über den Ablauf der Bundesratswahlen aufgestaut hatte.»

Ignazio Cassis: «Ich verfolgte die Bundesratswahlen am TV in meinem Büro. Selbstverständlich freute ich mich über die Wiederwahl von Karin und mir. Darauf stiess ich mit meinen engsten Mitarbeitenden an. Ein paar Freunde besuchten mich später im Büro. Viel Zeit zum Feiern blieb allerdings nicht. Schliesslich galt es noch, die wichtige Bundesratssitzung zu Europa am darauffolgenden Freitag vorzubereiten.»

Wo legen Sie Ihre Prioritäten in der neuen Legislatur?

Karin Keller-Sutter: «Klar im Zentrum stehen werden die Bundesfinanzen. Weil höhere Ausgaben für die Armee, die Altersvorsorge und die Ukraineflüchtlinge anstehen, werden die Budgets der kommenden Jahre sehr anspruchsvoll. Sollten die Initiativen für eine 13. AHV-Rente und für höhere Prämienverbilligungen angenommen werden, käme der Bundeshaushalt noch mehr unter Spardruck. Mehreinnahmen wären unumgänglich. Daneben wird auch die Regulierung des Finanzplatzes im Fokus stehen, insbesondere die Weiterentwicklung der «Too big to fail»-Regeln im Nachgang zum Untergang der Credit Suisse.»

Ignazio Cassis: «Zentral wird das Europadossier sein. Es ist von grundlegender Bedeutung, den bilateralen Weg zu stabilisieren und weiterzuentwickeln. Zudem werden die Bundesfinanzen im Fokus stehen: Es wird nicht einfach, in der Bundesverwaltung und im Parlament die Appetite zu dämpfen, nach so vielen Jahren Schönwetterlage. Karin wird im Finanzdepartement eine Schlüsselrolle übernehmen und die Verteilungskämpfe moderieren. Ich werde sie unterstützen.»

Was möchten Sie den Lesern und Leserinnen des «Freisinn» noch gerne sagen in Bezug auf die neue Legislatur?

Karin Keller-Sutter: «Nach einer Legislatur der Krisen – Pandemie, Ukrainekrieg, drohende Energiemangellage – müssen wir wieder Abstand nehmen von der Vorstellung, dass der Staat in allen Lebenslagen einfach einspringen und Leistungen garantieren kann. Zumal, ich habe es gesagt, finanzpolitisch anspruchsvolle Zeiten auf uns zukommen. Insgesamt bin ich aber zuversichtlich, weil die Schweiz gut aufgestellt ist und es uns im internationalen Vergleich immer noch gut geht – auch dank der soliden Finanzpolitik der vergangenen Jahre.»

Ignazio Cassis: «Die Wahlen 2023 sind ein Weckruf für die Schweiz und insbesondere für uns Freisinnige. Für die Schweiz, weil die Welt viel unruhiger geworden ist: Freiheit, Unabhängigkeit und Wohlstand sind leider nicht mehr automatisch gesichert. Für die Freisinnigen eigentlich eine Opportunität, weil wir diejenigen sind, die für Freiheit und Eigenverantwortung stehen. Aber wir müssen wieder fähig sein, mit gutem Beispiel voranzugehen.»

Parteipräsident Thierry Burkart bei seiner Rede an der Delegiertenversammlung in Zug. Foto: Jannik Kaiser



Ich freue mich, Sie heute in Zug so zahlreich begrüßen zu dürfen. Erlauben Sie mir, einen Gast heute ganz speziell zu begrüßen. Es ist unser ehemaliger Bundesrat Kaspar Villiger. Lieber Kaspar, es ist uns eine Freude und Ehre, dass du hier bist. Du bist und bleibst ein absolutes Aushängeschild und ein Leuchtturm unserer Partei, aber vor allem auch der liberalen Politik in diesem Land!

Ja, liebe Freisinnige, wir mussten am 22. Oktober ein Resultat entgegennehmen, das wir uns so nicht gewünscht hatten. Und wir müssen konstatieren: Wir verfehlten unsere Ziele. Wir müssen entsprechend kritisch auf unsere Arbeit zurückschauen.

In den letzten Wochen haben wir eine interne Analyse vorgenommen. Diese wird ergänzt durch eine externe Analyse. Und die Konsequenzen? Die werden wir in drei Arbeitsgruppen erarbeiten, die wir gerade gestern an der Parteipräsidenten-Konferenz eingesetzt haben. Eine Arbeitsgruppe ist zuständig für personelle, strukturelle und organisatorische Verbesserungen. Eine zweite befasst sich mit Fragen der Programmatik und definiert Anpassungen und/oder Themen, bei denen wir uns klar und besser positionieren müssen. Die dritte Arbeitsgruppe beschäftigt sich mit der Stärkung unserer Kampagnenfähigkeit. Alle diese Erkenntnisse und Vorschläge für daraus fließende Massnahmen werden wir euch an der nächsten Delegiertenversammlung im Juni vorstellen.

Wenn ich aber zurückschauen auf die letzten Monate, dann darf ich sagen, dass ich sehr, sehr viele positive Aspekte mitnehmen konnte. Ich stellte fest, dass bei uns in der Partei, Unkenrufen zum Trotz, die Stimmung und die Motivation wirklich hervorragend sind. Man ist gerne bei der FDP; man engagiert sich bereitwillig für unsere Partei und setzt sich gerne ein für die Politik, die wir Freisinnige vertreten.

Denn unsere Partei, unsere Werte, unsere Politik braucht es mehr denn je! Wer soll dieses Land zukunftsfähig machen, wenn nicht wir Freisinnige? Nichtsdestotrotz müssen lernen, klar zu zeigen, dass wir für die Menschen Politik machen. Wir müssen aus der Sicht der Bürgerinnen und Bürger kommunizieren. Wir müssen aufzeigen, dass es zum Vorteil einer Wählerin und eines Wählers ist, wenn man FDP wählt. Wir müssen aufhören, in irgendwelchen abstrakten Gebilden zu kommunizieren. Und vor allem müssen wir lernen aufzuzeigen, dass die liberale Politik keine kalte, menschenfeindliche Politik ist. Nein, das Gegenteil ist

der Fall. Die liberale Politik ist eine Politik mit Herz und für die Menschen.

Wo Not herrscht, sind wir einverstanden, dass der Staat hilft. Wir wollen Armut bekämpfen. Aber wir wollen sie dort bekämpfen, wo sie besteht, und nicht einfach mit der Giesskanne auch diejenigen beglücken, die nicht darauf angewiesen sind. Das ist liberale Politik im Sinne der sozialen Marktwirtschaft. Wir setzen uns nicht ein für die Wirtschaft per se. Wir setzen uns ein für die Unternehmerinnen und Unternehmer in diesem Land; für jene Menschen, die bereit sind, ein Risiko einzugehen; für jene Menschen, die innovativ sind; für jene Menschen, die Arbeitsplätze schaffen und Verantwortung für die Menschen übernehmen. Für diese Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger, für die Rahmenbedingungen ihrer Unternehmen, setzen wir uns ein.

«Die liberale Politik ist eine Politik mit Herz und für die Menschen.»

Auch bin ich überzeugt davon, dass es notwendig ist, dass wir Fragen der Bildungspolitik wieder vermehrt in Politik und Gesellschaft diskutieren. Ich weiss natürlich, Bildungspolitik ist primär Sache der Kantone. Das soll uns aber als nationale Partei nicht daran hindern, dass wir uns dazu Grundsatzüberlegungen anstellen, diese festlegen und dann in den Kantonen auch umsetzen. Die Freisinnigen wussten immer: Bildung ist wichtig für die Menschen in diesem Land, denn nur gut ausgebildete Menschen haben die Fähigkeit, etwas aus ihrem Leben zu machen und auf ihren eigenen Beinen zu stehen. Wir müssen feststellen, dass unsere Fähigkeiten, also der Output aus unserem Bildungssystem, nicht wirklich besser werden. Hier müssen wir ansetzen. Und ich glaube, hier gibt es viel zu tun.

Sie sehen, liebe Freisinnige, uns braucht es! Es braucht uns mehr denn je! Es gibt viel zu tun. Wir wollen es anpacken. Ich danke Ihnen jetzt schon dafür, dass Sie bereit sind mitzuarbeiten. Ich danke Ihnen dafür, dass Sie bereit sind, sich für unsere Überzeugungen und für unsere Politik einzusetzen.

**Thierry Burkart, Parteipräsident
FDP.Die Liberalen Schweiz**

Wir geben diesen Auszug in Absprache mit dem Parteipräsidenten wieder. Es handelt sich um eine Transkription der mündlich gehaltenen Rede.

Delegiertenversammlung

Breite Unterstützung der Wirtschaftsverbände für die Renteninitiative.



Engagiert für realistische Lösungen

Die FDP stellt die Weichen für eine nachhaltige und reformorientierte Politik

Gleich sechs Parolen wurden an der Delegiertenversammlung in Zug gefasst. Über 350 Freisinnige setzten ein klares Zeichen für sichere AHV-Renten. Die Delegierten sprachen sich ebenfalls gegen eine weitere Verstaatlichung des Gesundheitswesens sowie für eine leistungsfähige Infrastruktur aus. Nach einer Schweigeminute für den verstorbenen alt Ständerat Dick Marty rief Parteipräsident Thierry Burkart die Parteibasis dazu auf, an der liberalen Grundgesinnung der Partei festzuhalten.



Bundsrätin Karin Keller-Sutter spricht zur Schuldenbremse.



Alt Bundesrat Kaspar Villiger nahm ebenfalls an der DV teil.



Ständerat Matthias Michel (ZG) im Gespräch mit Nationalrat und Fraktionspräsident Damien Cottier (NE).



Andri Silberschmidt erklärt den Delegierten das Vorhaben des Prämien-Entlastungs-Initiativkomitees.



Bundesrat Ignazio Cassis bei seiner Rede zur Europapolitik.



Bettina Balmer, Nationalrätin (ZH).



Nationalrat Heinz Theiler (SZ).



Regine Sauter informiert vor der Parolenfassung über die Kostenbremse-Initiative.

Simon Michel.



Bilaterale III

Entscheidende Weichenstellung für die Zukunft

Der bilaterale Weg ist ein Erfolgsmodell. Mit den Bilateralen III will die Schweiz die gute Beziehung zu unseren europäischen Partnern auch in Zukunft sicherstellen und weiterentwickeln. Insbesondere die SVP schimpft dies eine Unterwerfung, eine Anpassung, eine Unterjochung. Dabei geht es im Kern um die Fortführung unseres «Schweizer Modells». Aber auch in unseren Reihen gibt es skeptische Stimmen. Deshalb ist es wichtig, dass wir das finale Verhandlungsergebnis des Bundesrates abwarten. Gleichzeitig aber sollten wir uns die Frage stellen, was denn die Alternativen sein könnten.

Die Schweiz ist mit Europa wirtschaftlich und gesellschaftlich eng verbunden. Über 50 Prozent unserer Exporte gehen in Länder der EU, gegen 70 Prozent der Importe kommen aus Ländern der EU. Das Handelsvolumen beträgt über 1 Milliarde Franken pro Arbeitstag. Wir teilen gemeinsame Werte, Geschichte und Kultur.

Bilaterale Verträge vs. Freihandelsabkommen

Als zentrales Bindeglied zwischen der Schweiz und der EU agieren die bilateralen Verträge. Sie gehen wesentlich weiter als Freihandelsabkommen, bei

denen es in erster Linie um den Abbau von Zöllen geht. Die bilateralen Verträge beinhalten in Bezug auf Güter insbesondere auch Produktzulassungen, gemeinsame Standards oder den Zugang zu gemeinsamen Datenbanken mit fehlerhaften Produkten. Ein Produkt, das in der Schweiz hergestellt und zugelassen wird, kann damit automatisch auch in Ländern der EU verkauft werden und umgekehrt.

Die bilateralen Verträge sind eine massgeschneiderte Lösung für beide Seiten. Sie sind ein Erfolgsmodell für die Schweiz, jedoch auch ein Sonderweg für die EU. Ein Sonderweg, der sich in

den letzten Jahren langsam zu einer unbefestigten Strasse entwickelt hat und irgendwann enden könnte, wenn er nicht neu befestigt wird. Swissem spricht deshalb auch von einem «dringend notwendigen Service».

Verhandlungsrahmen mit sektoriellen Abkommen

Der Bundesrat hat es geschafft, in den Sondierungsgesprächen einen neuen Verhandlungsrahmen mit sektoriellen Abkommen aufzusetzen. Ein Modell ohne horizontale, institutionelle Verpflichtungen



«Eines ist jedoch klar:
Das Nichtstun, die Erosion,
das Auslaufen der Verträge
ist keine Option.»



Maroš Šefčovič, EU-Vizekommissionspräsident und Verantwortlicher für das Schweiz-Dossier. Foto: Europäische Union (2023)

tungen, wie das bei weiterführenden Freihandelsabkommen der Fall ist, stattdessen mit klaren Regeln pro Abkommen mit für die Schweiz vorteilhaften Ausnahmen. Dadurch sollen die Bilateralen I und II abgesichert und neue Kooperationen, zum Beispiel im Zugang zum Strommarkt, ermöglicht werden.

Nichtstun ist keine Option

Die Verhandlungen mit der EU werden voraussichtlich diesen März beginnen. Wie hoch der Preis für das Paket der Bilateralen III schlussendlich sein wird, wird sich im Detail erst in rund einem Jahr zeigen. Eines ist jedoch klar: Das Nichtstun, die Erosion, das Auslaufen der Verträge ist keine Option. Dadurch würden unweigerlich auch Errungenschaften wie Schengen/Dublin wegfallen, und die Schweiz würde zu einem Drittstaat, mit all seinen Konsequenzen beim Reisen, beim Handeln, beim Zugang zu Arbeitsstellen, usw.

Ohne die Bilateralen III gibt es keine Aktualisierung bestehender Abkommen mehr. So hat die

EU-Kommission 2019 die Börsenäquivalenz nicht verlängert. Unsere Forschenden und Schulen zahlen den Preis für den Verlust der Assoziierung bei Horizon Europe oder Erasmus. Die Nichtaktualisierung des MRA (Mutual Recognition Agreement) hat die Schweizer Medtech-Branche faktisch über Nacht als erste von 20 Branchen vom EU-Markt ausgeschlossen. Aufwendige Produktneuzulassungen waren notwendig. Weitere Branchen, wie Baustoffe, Spielwaren oder Maschinen, folgen ab 2026, wenn wir bis dann keine Lösung haben.

Bilaterale Abkommen als Königsweg

Bleibt die Alternative eines erweiterten Freihandelsabkommens basierend auf jenem von 1972, wie es von Gegnern des bilateralen Wegs gerne ins Spiel gebracht wird. Ein Freihandelsabkommen schliesse jedoch die Landwirtschaft mit ein, führte zur Übernahme von Sozial- und Umweltnormen und stünde in Konflikt mit den staatlichen Beihilfen, Stichwort Kantonalbanken. Ist das mehrheits-

fähig? Es darf bezweifelt werden. Der bilaterale Weg ist und bleibt der Königsweg.

Mit den Bilateralen III haben wir die Chance, die Beziehungen mit der EU zu stabilisieren und weiterzuentwickeln. Als Unternehmer, FDP-Nationalrat und APK-Mitglied werde ich mich für eine gute Vorlage einsetzen. Dem Verhandlungsteam wünsche ich viel Erfolg und Durchhaltewillen!

Simon Michel, Nationalrat SO und CEO Ypsomed Holding AG



FDP-Position zu Europa.

Pressekonferenz der FDP zur Migrationspolitik (2023). Fotos: Jannik Kaiser



Seit vielen Jahren beschäftige ich mich mit dem Thema Migration. In der letzten Session wurden zwei meiner drei Motionen, die der Ständerat bereits angenommen hatte, auch vom Nationalrat angenommen.

Die eine betraf die Forcierung der Dublin-Rückführungen nach Italien, die Italien seit Dezember 2022 verweigert, die andere die konsequente Rückführung von algerischen Staatsangehörigen, die unser Land verlassen müssen. Die letzte wurde unverständlicherweise von der gesamten Linken und mithilfe der Mitte abgelehnt. Mit dieser Motion sollte eine Lösung für die Rückführung von eritreischen Staatsangehörigen gefunden werden, deren Asylantrag abgelehnt wurde und die in ihr Herkunftsland zurückkehren müssen, da ihnen kein internationaler Schutz zusteht.

FDP-Migrationsprogramm «Hart, aber fair»

Seit den eidgenössischen Wahlen im Herbst polarisiert das Thema Migration die Schweizer Politik. Die einen wollen die Türen unseres Landes weit öffnen und die anderen wollen sie doppelt verriegeln. Leider führt diese von Schwarz-Weiss-Denken geprägte Weltsicht nicht weiter. Aus diesem Grund hat die FDP bereits Jahre zuvor das Migrationsprogramm «Hart, aber fair» lanciert und hält daran fest. Es steht für unsere Migrationspolitik, die ausgewogen und menschlich sein muss, aber unerbittlich gegenüber jenen Migranten, die in der Schweiz Straftaten begehen, sich nicht an unsere Gesetze halten und versuchen, unser System auszunutzen.

Diese ausgewogene Politik ist vielleicht weniger spektakulär als das Einnehmen von scharfen oder gar extremen Positionen, die in der Tatsache keine Lösung für das Problem bieten, sondern im Gegenteil die Polarisierung innerhalb unserer Gesellschaft verstärken und die Akzeptanz für unser noch funktionierendes Asylsystem schwinden lassen.

Vor allem aber vergisst die FDP nicht, dass die Migration das Schicksal von Menschen, unseren Mitmenschen, widerspiegelt. Deshalb müssen wir diese Menschlichkeit im Auge behalten, wenn wir über Migration sprechen. Es ist uns ein zentrales Anliegen, mit unserem Handeln unserer langjährigen humanitären Tradition gerecht zu werden.

Der UNO-Migrationspakt von 2018

Die internationale Gemeinschaft hat am 10. Dezember 2018 den Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration (Migrationspakt) verabschiedet. Der Migrationspakt basiert auf den internationalen Menschenrechten und bekräftigt die Verpflichtung der Staaten, alle Menschenrechte für alle Migranten zu achten, zu schützen und umzusetzen. Bei der Eröffnung der Konferenz in Marrakesch bezeichnete UN-Generalsekretär António Guterres den Pakt als «Fahrplan zur Verhinderung von Leid und Chaos». Er

«Hart, aber fair»
steht für unsere
Migrationspolitik,
die ausgewogen und
menschlich sein muss,
aber unerbittlich
gegenüber jenen
Migranten, die in der
Schweiz Straftaten
begehen, sich nicht an
unsere Gesetze halten
und versuchen, unser
System auszunutzen.»



«Ich bin der Überzeugung, dass es an der Zeit ist, uns international an der Bewältigung der Migrationskrise zu beteiligen, dabei aber unser Schweizer Rechtssystem und unsere unabhängige Migrationspolitik zu bewahren.»



Ständerat Damian Müller an der DV in Kreuzlingen (2023).

betonte, dass der Pakt kein neues Recht auf Migration und die Pflicht, Migranten aufzunehmen, schafft, sondern stellte klar, dass «Migranten unabhängig von ihrem Status Menschenrechte geniessen sollten». Zudem sollen Migrationsgründe reduziert und die internationale Zusammenarbeit bspw. für die Rückkehr von Migranten verbessert werden.

Überprüfung aufgrund von Vorbehalten in der Bevölkerung

Das Parlament stand seiner Unterzeichnung damals zögerlich gegenüber. Dies, nachdem grosse Vorbehalte aus der Bevölkerung geäussert wurden. Nun hat der Bundesrat, nachdem die Frage zu Soft-Law ausführlich behandelt und dargelegt wurde, einen Bericht zu den Auswirkungen des Pakts vorgelegt. In seinem Bericht zeigt das EDA auf, dass der Pakt nur Soft Law-Bestimmungen enthält und keine negativen Auswirkungen ersichtlich sind. Der Pakt beinhaltet also keine rechtlichen Verpflichtungen für die Schweiz, sondern empfiehlt lediglich bestimmte Massnahmen, die ergriffen werden sollten. Angesichts dieser überzeugenden Erklärungen schlug ich in der aussenpolitischen Kommission des Ständerates vor, dass die Schweiz den Migrationspakt unterzeichnet und sich dem Konzert der Nationen anschliesst.

Annahme nur, wenn mit schweizerischem Recht vereinbar

Dies jedoch nicht, ohne die Ängste aus der Bevölkerung zu adressieren und nötige Klarstellungen und Vorbehalte festzuhalten. So möchte ich mit meinem Antrag sicherstellen, dass die Annahme des Paktes mit dem geltenden schweizerischen Recht vereinbar ist und sich durch den Beitritt keine Änderung begründen lässt. Zudem sollen künftige Weiterentwicklungen der Bundesversammlung zur Genehmigung vorgelegt werden müssen. Weiter wird klargestellt, dass gewisse Massnahmen von der Schweiz nicht mitgetragen werden, beispielsweise was Einschränkungen der Medienfreiheit anbelangt.

Ich bin der Überzeugung, dass es an der Zeit ist, uns international an der Bewältigung der Migrationskrise zu beteiligen, dabei aber unser Schweizer Rechtssystem und unsere unabhängige Migrationspolitik zu bewahren. Deshalb bin ich der Meinung, dass es für die Schweiz an der Zeit ist, den Migrationspakt zu unterzeichnen, da dieser unser Asylgesetz nicht tangiert. Denn für uns gilt nach wie vor: Rückführungen haben absolute Priorität und wir halten unmissverständlich an unserer Haltung «Hart, aber fair» fest!

Damian Müller, Ständerat LU

Roger Federer 2005 in Wimbledon. Wikimedia Commons



Grand Slam für die Energiepolitik

Ja zur sicheren Stromversorgung

Erinnern Sie sich noch an den ersten Wimbledon-Titel von Roger Federer? Das war im Jahr 2005. Federer ist mittlerweile weg. Die Erhöhung der Grimsel-Staumauer wartet jedoch immer noch auf die Bewilligung, obwohl diese ebenfalls im Jahr 2005 beantragt wurde. Wie soll die Schweiz ihre Energiezukunft meistern, wenn selbst die Erhöhung einer seit Jahrzehnten bestehenden Staumauer im bürokratischen Dickicht stecken bleibt?

Eine wichtige Vorlage, um in dieser Frage endlich voranzukommen, ist das Bundesgesetz über die sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien. Der sogenannte Mantelerlass beinhaltet zielführende Massnahmen für den Ausbau der erneuerbaren Energien in den Bereichen Wasserkraft, Solar- und Windenergie. Insgesamt leisten die neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung unserer Stromversorgung und zur Erreichung der Klimaziele 2050. Denn unser Land will in knapp 25 Jahren emissionsfrei sein. Konkret bedeutet dies, dass wir keine klimaschädlichen Gase mehr ausstossen dürfen oder diese durch Einsparungen an anderer Stelle kompensieren müssen.

Zusätzlicher erneuerbarer Strom benötigt

Den Weg hin zu Netto-Null 2050 hat das Stimmvolk im vergangenen Juni mit der Annahme des Gegenvorschlags zur Gletscherinitiative unterstützt. Damit dies gelingt, brauchen wir viel zusätzlichen erneuerbaren Strom. Mit dem steigenden Strombedarf und dem Wegfall bestehender

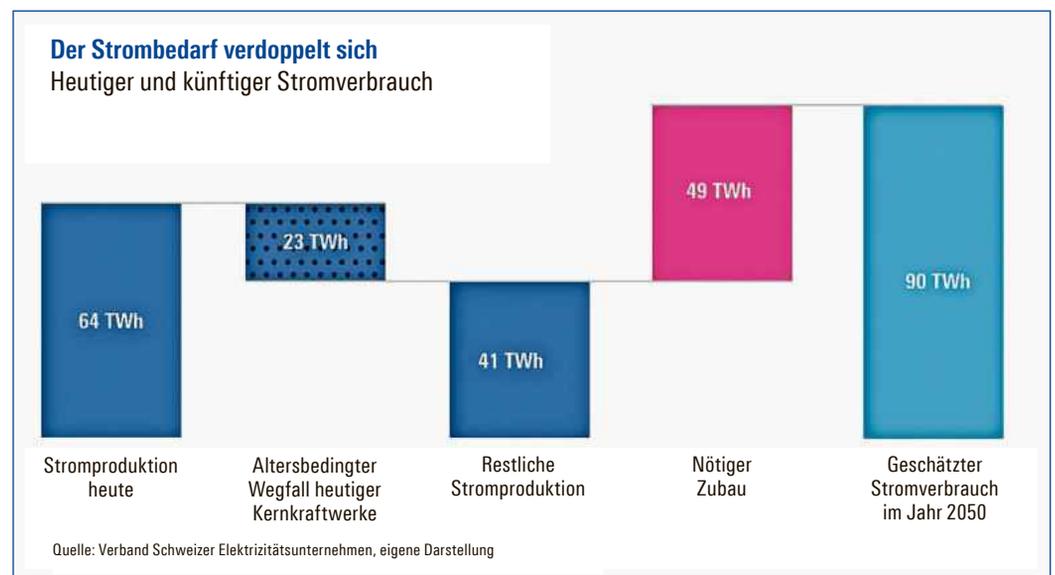
Kernkraftwerke entsteht eine Stromlücke von voraussichtlich rund 50 TWh (siehe Grafik). Im neuen Stromgesetz sind klare Ziele festge-

schrieben, um die inländische Stromproduktion durch den raschen Aus- und Zubau erneuerbarer Energien zu steigern. So sollen die Erneuerbaren (ohne Wasserkraft) bis 2035 35 TWh und bis 2050 45 TWh liefern. Die Wasserkraft soll ihre Produktion bis 2035 auf 37,9 TWh und bis 2050 auf 39,2 TWh steigern. Das Gesetz will dies primär durch Investitionsanreize und Planungssicherheit erreichen. Hinsichtlich des Landschaftsschutzes wurde intensiv über das Verhältnis Schutz versus Nutzen diskutiert und gerungen. Gesamthaft gesehen wurden tragfähige Kompromisse geschmiedet. So konnte zum Beispiel die Forderung nach einer generellen Solarpflicht aus dem Gesetz entfernt werden. Demgegenüber hatten wir leider keinen Erfolg mit dem Begehren nach einer vollständigen Öffnung des Strommarktes. Gerade diese Öffnung hätte Marktelemente gebracht und den Konsumentinnen und Konsumenten die Möglichkeit gegeben, ihren Lieferanten selbst zu wählen. Ein kleiner Erfolg ist aber die Schaffung von lokalen Stromgemeinschaften, sogenannten LEGs.

Ein Ja ist essenziell

Mit der sehr klaren Verabschiedung des Stromgesetzes hat das Parlament ein eindrückliches Zeichen gesetzt. Trotzdem ist es einer kleinen Gruppe von Landschaftsschützern und Windkraftgegnern gelungen, das Referendum zu ergreifen. Die Bevölkerung wird voraussichtlich im Juni 2024 über die Vorlage abstimmen. Die Unterstützung der Stimmberechtigten an der Urne ist essenziell: Die Dringlichkeit ist hoch und das Gut – die Versorgungssicherheit in der Schweiz – von enorm hoher Bedeutung. Denn Energiesicherheit betrifft uns alle. Setzen wir uns also gemeinsam ein für eine sichere Zukunft!

Susanne Vincenz-Stauffacher, Nationalrätin SG



KOLUMNE

AHV für Babyboomer sichern

Die Schweizer Bevölkerung lebt länger. Die Geburtenrate sinkt. Der Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung sinkt ebenfalls. Diese langfristigen Trends führen dazu, dass der AHV gemäss Bundesamt für Sozialversicherungen in den kommenden 25 Jahren über 100 Milliarden Schweizer Franken fehlen. Handeln wir nicht jetzt, werden in Zukunft die Mehrwertsteuer und Lohnabgaben massiv erhöht werden müssen.

Dies hätte zur Folge, dass alle in der Schweiz eine finanzielle Mehrbelastung erfahren würden. Der arbeitenden Bevölkerung würde jeden Monat mehr Abgaben von ihrem Lohn abgezogen werden. Die konsumierende Bevölkerung müsste bei jedem Einkauf mehr Steuern zahlen, um die AHV-Financen zu stabilisieren. Wir sprechen von durchschnittlich vier Milliarden Schweizer Franken, die pro Jahr fehlen. Das ist viermal so viel, wie der Bund pro Jahr für die Berufsbildung ausgibt. Handeln wir nicht jetzt, wird der Bund schmerzliche Sparmassnahmen umsetzen müssen, um die AHV zu sanieren. So weit darf es nicht kommen.



Die Renteninitiative sieht einen Weg ohne höhere Steuern und Abgaben vor. Die Volksinitiative, welche am 3. März 2024 zur Abstimmung kommt, verlangt, dass das Rentenalter schrittweise in den kommenden zehn Jahren auf 66 Jahre angehoben wird. Im Anschluss soll es an die Lebenserwartung gebunden werden. Die Logik ist simpel. Wir beziehen heute durchschnittlich zehn Jahre länger eine AHV-Rente als bei der Gründung der AHV. Wir zahlen aber immer noch

gleich lange ein. Diese Rechnung geht nicht mehr auf. Wenn wir alle ein paar Monate länger einzahlen, können wir die AHV-Financen und somit die AHV-Renten der Babyboomer-Generation sichern.

Es ist klar, dass nicht jede und jeder bis 65 oder 66 Jahren arbeiten kann. Für die betroffenen Personen und Branchen müssen – wie dies heute zum Beispiel in der Baubranche bereits der Fall ist – sozialverträgliche Lösungen gefunden werden. Das Parlament wird dies bei der Umsetzung der Initiative berücksichtigen müssen. Die Arbeitslosen- wie auch die Sozialhilfequote sind auf einem historischen Tiefstand. Die Arbeitgeber suchen händeringend nach Arbeitskräften. Mit der Anpassung des Rentenalters würde auch die Migration reduziert, da weniger Personal aus dem Ausland rekrutiert werden muss. Stimmen wir Ja zu einer gesunden AHV und somit Nein zu mehr Steuern und Abgaben.

**Andri Silberschmidt, Nationalrat ZH und
Vizepräsident FDP.Die Liberalen Schweiz**

FDP
Die Liberalen



**Informiert
bleiben?**

Jetzt «Freisinn» abonnieren

Wir machen

die Schweiz stark!

AHV ruinieren?

Kosten in Milliardenhöhe ruinieren unsere AHV

Bis 2033 gibt die AHV wegen der Alterung der Bevölkerung mehr als 3 Milliarden Franken mehr aus, als sie einnimmt. Die zusätzlichen jährlichen Kosten von 5 Milliarden Franken durch die Initiative fahren die AHV finanziell an die Wand.

Die 13. AHV-Rente macht die jüngsten Reformschritte zunichte

Eine 13. AHV-Rente nach dem Giesskannenprinzip kostet mehr als dreimal so viel, wie die Angleichung des Frauenrentenalters auf 65 an Einsparungen bringt. Auch die Erhöhung der Mehrwertsteuer vom 1.1.2024 von 7.7% auf 8.1% zugunsten der AHV würde für die Finanzierung der 13. AHV-Rente nicht ausreichen und eine weitere Erhöhung auf 9.1% in 2026 wäre absehbar.

Mehrkosten für Bund, Wirtschaft und Privathaushalte

Die Initiative könnte nur über höhere Bundes- und Mehrwertsteuer sowie Lohnabgaben finanziert werden. Spürbare Mehrausgaben für Bund, Arbeitgeber und Privathaushalte wären die Folge. Die Linken ruinieren die AHV und die Kaufkraft auf einen Schlag.

Generationengerechtigkeit geht in beide Richtungen

Die 13. AHV-Rente würde schon ab 2026 für ein negatives Umlageergebnis sorgen und so bis 2050 einen Schuldenberg von 115 Milliarden Franken anhäufen. Bezahlen müssten das die erwerbstätigen Generationen.

3. März 2024
www.13ahvnein.ch

**13. AHV-
Rente
NEIN**